

Niederschrift über die 14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Suhl am 24.06.2020 (öffentlicher Teil)

Ort: Congress Centrum Suhl, Fr.-König-Str. 1, 98527 Suhl

Zeit: 17:00– 22:05 Uhr

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE (gemäß Ablauf der Sitzung)

	Beschluss-Nr.	
Nicht öffentlicher Teil (TOP 1 – 3)		
Öffentlicher Teil		
4.	Feststellung der Anwesenheit	
5.	Abstimmung über das Rederecht für Gäste	
6.	Abstimmung über die Tagesordnung	
7.	Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) Geschäftsordnung (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger an einzelne Stadtratsmitglieder, den Oberbürgermeister, Beigeordnete oder Ausschussvorsitzende)	
8.	Festrede anlässlich 30 Jahre Stadtrat der Stadt Suhl	
9.	Informationen des Oberbürgermeisters	
10.	Bericht der Wohnungsgesellschaften zur Wohnungssituation in der Stadt Suhl	
11.	Stand Realisierung des Sanierungskonzeptes der GeWo mit Darstellung der wirtschaftlichen Lage und der weiteren Unternehmensstrategien	
12.	Neuwahl der Schiedspersonen für die Besetzung der Schiedsstelle der Stadt Suhl	STR 186/14/2020
13.	Behandlung von Beschlussvorlagen	
13.1.	Aufhebung des Beschlusses und Neuberufung der Mitglieder des Wohngebietsbeirates Ilmenauer Straße/Döllberg für die Amtszeit 2020 - 2024	STR 187/14/2020
13.2.	1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Suhl über die einmalige Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen - Straßenausbaubeitragssatzung -	STR 188/14/2020
13.3.	Feststellung des Jahresabschlusses der Städtischen Nahverkehrsgesellschaft mbH Suhl/Zella-Mehlis für das Geschäftsjahr 2019	STR 189/14/2020
13.4.	Feststellung des Jahresabschlusses der Sport- und Freizeit GmbH Schmiedefeld am Rennsteig für das Geschäftsjahr 2017/18	STR 190/14/2020
13.5.	Feststellung des Jahresabschlusses der GeWo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH Suhl für das Geschäftsjahr 2019	STR 191/14/2020
13.6.	Aufgabenstellung für die Ausschreibung der Leistungen eines Citymanagers	STR 192/14/2020
14.	Behandlung von Anträgen	
14.1.	Fraktion AfD Sicherung Wegenetz (Infrastruktur)	STR 193 A/14/2020
14.2.	Fraktion SPD Auszahlung der Zuschüsse an Vereine im Jahr 2020	
14.3.	GO-Antrag Nr. 19/2020 vom 27.05.2020 Antrag der StR-Mitglieder Herr Dr. Kummer und Herr Jähne, Fraktion CDU Senkung der Gewerbesteuer ab 01.07.2020 (neu: 01.01.2021)	STR 194/14/2020
14.4.	Fraktion SPD Prüfauftrag - Wohnbauland für Eigenheime auf dem Areal des Wohngebietes im Stadtteil Suhl-Nord	STR 195/14/2020
14.5.	StR-Mitglieder Herr Dr. Hofmeier und Herr Türk, Fraktion Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen #MehrPlatzFürMenschen - Förderung nachhaltiger Mobilität in der Suhler Innenstadt	
14.6.	Fraktion CDU Restaurierung und Aufstellung der "Suhler Uhr"	

15. Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters
15.1. Information über einen gefassten Beschluss des Sozialausschusses in seiner 8. Sitzung am 06.05.2020
16. Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (2) Geschäftsordnung
Nicht öffentlicher Teil (TOP 17 – 20)

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

TOP 4.: Feststellung der Anwesenheit

- öffentlich -

Von 36 Stadtratsmitgliedern zuzüglich Oberbürgermeister sind:
33 anwesend = 89,2 %
4 fehlen entschuldigt.
Damit ist der Stadtrat beschlussfähig.

TOP 5.: Abstimmung über das Rederecht für Gäste

- öffentlich -

Geschäftsordnungsantrag Nr. 22/2020

Abstimmung gemäß § 19 (4) der Geschäftsordnung über das Rederecht für
Herrn Brösicke, Vorsitzender des Vorstandes AWG Rennsteig

zum TOP 10.: Bericht der Wohnungsgesellschaften zur Wohnungssituation in der Stadt Suhl

Herrn Hertha, Geschäftsführer GeWo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH Suhl

zum TOP 10.: Bericht der Wohnungsgesellschaften zur Wohnungssituation in der Stadt Suhl

zum TOP 11.: Stand Realisierung des Sanierungskonzeptes der GeWo mit Darstellung der wirtschaftlichen Lage und der weiteren Unternehmensstrategien

Abstimmungsergebnis:

33 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit erhalten o. g. Gäste das Rederecht zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

TOP 6.: Abstimmung über die Tagesordnung

- öffentlich -

Abstimmungsergebnis:

33 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist die Tagesordnung bestätigt.

Hinweis der Vorsitzenden:

Nachträglich wird folgendem StR-Mitglied ganz herzlich zum Geburtstag gratuliert:
. Herrn Uwe Theisinger

TOP 7.: Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) Geschäftsordnung
(schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger an einzelne Stadtratsmitglieder, den Oberbürgermeister, Beigeordnete oder Ausschussvorsitzende)

- öffentlich -

Anfrage des StR-Mitgl. Frau Vestner, CDU, im Auftrag einer Bürgerin

- wohnt in Suhl-Mitte, Kindergartenplatz Suhl-Nord und arbeitet auf Lautenberg – jeden Tag enorme Zeitaufwendungen
- Ehemann mit Auto auf Montage
- hat rechtzeitig Gastantrag für Einschulung auf Lautenberg gestellt, damit Belastung weniger wird
- wurde abgelehnt mit Begründung, dass Arbeitsort keine Relevanz hat
- Angelegenheiten mit großen finanziellen Mitteln werden geklärt, aber einer jungen Familie wird nicht geholfen, obwohl es nichts kosten würde
- Gibt es keine Möglichkeiten, dieser Familie zu helfen?
- zwei Kinder, die auf Lautenberg eingeschult werden müssten, wollen zur kirchlichen Schule – also sind zwei Plätze frei

Oberbürgermeister Herr Knapp

- Einzelfall wird geprüft

Anfrage des StR-Mitgl. Frau Müller, SPD, im Auftrag von Bürgern und Händlern

Ab wann gibt es wieder einheitliche Öffnungszeiten in der Stadt? Wer legt das fest?

Oberbürgermeister Herr Knapp

- legen Händler selber fest
- negativ, dass es keine einheitlichen Zeiten gibt

Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Dr. Uske, CDU, im Auftrag von Bürgern

- betrifft Abzweigung Schmückestraße Richtung Goldlauter, gegenüber Lauterer Wirtshaus
- schlecht einsehbar, da Gras sehr hoch gewachsen
- Wem gehörten die Flächen?
- Besteht dort eine Verkehrsgefährdung?

Oberbürgermeister Herr Knapp

Die Angelegenheit wird geprüft.

StR-Mitgl. Herr Schwarz nimmt an der Sitzung teil = 34 Stimmberechtigte anwesend.

TOP 8.: Festrede anlässlich 30 Jahre Stadtrat der Stadt Suhl
Redner: StR-Mitglied Herr Lamprecht, Fraktion Die Linke.

- öffentlich -

Oberbürgermeister Herr Knapp

- Anfang 1990 gab es die ersten freien und letzten Kommunalwahlen in DDR
- einige unter Stadträten haben spannenden Prozess gesellschaftlichen Wandels eng begleitet
- Anlass für 30 Jahre Rückschau halten
- langjähriger Bürgermeister und jetziges Stadtratsmitglied Herr Lamprecht hat viel Arbeit und Mühe daran gesetzt, diesen Prozess, handelnde Personen etc. zu recherchieren und zu dokumentieren
- hat sich bereit erklärt, heute dieser 30 Jahre zu erinnern und Revue passieren zu lassen
- heute einige ehemalige Stadtratsmitglieder, auch aus Anfangsjahren, anwesend

StR-Mitgl. Herr Lamprecht, DIE LINKE.

„Wenn wir in diesem Jahr 30 Jahre deutsche Einheit begehen, dann gehören die Umbrüche dieser Zeit dazu. Und mittendrin waren jene Menschen, die sich, vielleicht ahnungslos, auf das Abenteuer Stadtverordnetenversammlung demokratischen Typs ohne jede Erfahrung einließen.

Ich möchte in meinem Beitrag zum einen auf die Aufgaben, Probleme und Entscheidungen der ersten Jahre 1990 bis 1994 aufmerksam machen, als Teil der jüngeren Stadtgeschichte und zum anderen versuchen, die Leistungen der ehrenamtlichen Stadtverordneten (StVO) und Stadträte bis heute zu würdigen. Und es können trotzdem nur Schlaglichter sein.

1990 wurden die Kommunalwahlen in Suhl noch nach 8 Wahlkreisen durchgeführt. Die Kandidaten traten in jeweils einem Wahlkreis an. Es gab also nicht, wie heute, eine Gesamtliste einer Partei oder Vereinigung für die ganze Stadt. Entsprechend der Einwohnerzahl wurden in den einzelnen Wahlkreisen zwischen 5 und 12 Abgeordnete gewählt.

Zu den ersten freien Kommunalwahlen in Suhl traten 241 Menschen in 20 Listen an. 10 Listen und 1 Einzelbewerber errangen Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung (StVOV). Daraus bildeten sich zunächst 8 Fraktionen.

Die StVOV Suhl (62 Mandate) setzte sich wie folgt zusammen:

Liste	Sitze
CDU	18
PDS	15
SPD	10
NF- Neues Forum	5
DSU- Deutsche Soziale Union	4
Grüne/ Unabhängiger Frauenverband	3
BFD- Bund Freier Demokraten	3
DFD- Demokratischer Frauenbund Deut.	1
VS- Volkssolidarität	1
Freie Wählergemeinschaft Goldlauter	1
Kessel, Hans- Einzelbewerber	1

Die erste Sitzung fand am Donnerstag, den 31.5.1990 im Plenarsaal des Gaststättenkomplexes „Kaluga“ statt. Für die jüngeren unter ihnen: dort ist heute der Simson-Saal.

Sie wurde durch den Alterspräsidenten eröffnet und bis zur ersten Beschlussfassung geleitet.

Das war der Abgeordnete Heinz Röser (PDS). Er war 65 Jahre alt.

Heute sitzen 11 Menschen im SR, die älter sind als er damals.

Eine Besonderheit in der ersten Wahlperiode war das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung.

Es bereitete die Sitzungen vor und leitete sie auch abwechselnd. Die Wahl des Präsidiums war mit der Beschlussnummer 1/1/90 auch der erste Beschluss der neuen StVOV.

Zum Vorsitzenden bzw. Präsidenten wurde Herr Wolfgang Moor (CDU) gewählt. Seine Stellvertreter waren zunächst: Henner Hartung (BFD), Wolfgang Seibt (NF), Horst Weltzien (SPD) und Dr. Walter Schulz (PDS). Später wurden Jürgen Klauke (FDP) für Herrn Hartung und Frau Karla Kühn (PDS) für Herrn Dr. Schulz in das Präsidium gewählt.

Ende 1990 wurde auch der Oberbürgermeister in das Präsidium aufgenommen.

Der zweite Beschluss war die Wahl des Oberbürgermeisters. Beworben hatte sich der amtierende OB Dr. Horst Kober und Martin Kummer. Herr Kummer erhielt 39 Stimmen, Dr. Kober 18 Stimmen.

Zu Beginn wurden 8 Ausschüsse gebildet. Der Vorschlag dafür wurde bereits am Runden Tisch erarbeitet: Hauptausschuss, Finanzausschuss, Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Rechnungsprüfungsausschuss, Ausschuss für Recht-, Sicherheits- und Personalfragen, Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Ausschuss für Bauen und Wohnen sowie Ausschuss für Planung, Wirtschaft und Umwelt.

Zu Beginn 1991 kam noch der Jugendhilfeausschuss als Pflichtausschuss dazu.

Neben den regulären Ausschüssen gab es im Laufe der Wahlperiode weitere Kommissionen und Gremien: z.B.

- eine zeitweilige Arbeitsgruppe Gebietsreform
- eine Kommission zur Ermittlung von Grundstückswerten

- es gab eine Kommission zur Begleitung des Projektes Enviro Net (das war ein internationales WHO-Projekt „Gesunde Städte“, an dem sich Suhl beteiligte)
- den Kinderhilfsfond der Stadt Suhl für die Partnerstadt Kaluga
- eine zeitweilige AG Verkehrsproblematik.

In den ersten beiden Wahlperioden waren StVO und Stadträte auch in Musterungsausschüssen und Musterungskammern für Kriegsdienstverweigerer tätig. Ebenso wurden Gremien wie Zweckverbände, Aufsichtsräte u. a. besetzt. Die ersten Beiräte nahmen die Arbeit auf.

In der ersten Wahlperiode wurden auch die Besetzung von Dezernenten und Amtsleitern durch die StVOV beschlossen. Dezernenten und Amtsleiter durften keine StVO mehr sein. 9 Mitarbeiter der Stadtverwaltung, auch die hauptamtlichen Beigeordneten, konnten damals StVO bleiben.

Die 8 Dezernenten der 1. Stunde waren:

Hauptverwaltung: Roland Deschler, er war gleichzeitig BM

Finanzverwaltung: Wolfram Oertwig

Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung: Eugen Richter

Bildung, Kultur, Tourismus: Dr. Siegfried Landgraf

Gesundheits- und Sozialwesen: MR Bärbel Strauch

Bau- und Wohnungsverwaltung: Klaus Hellmann

Stadtwirtschaftsverwaltung: Rüdiger Müller

Kommunalplanung, Wirtschafts- und Gewerbeförderung und Umweltschutz: Dr. Reinhard Koch.

Für Klaus Hellmann (gesundheitliche Gründe) wurde bereits am 6. September 1990 Rainer Klein als Dezernent berufen. Für Eugen Richter kam ab Februar 1992 Ulrich Modlmeier. Dr. Reinhard Koch wurde zum 01.07.1993 abberufen und Geschäftsführer der SWSZ GmbH. Seine Aufgaben übernahm Rüdiger Müller. Als 2. Bürgermeister wirkte Erwin Landgraf. Er war verantwortlich für die Umgestaltung der Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit der Partnerverwaltung Hofheim im Taunus.

Im Übrigen ist zum heutigen Zeitpunkt ein Mensch, der bereits am 11.07.1990 durch den Personalausschuss bestätigt und am 13.09.1990 als einer der ersten Amtsleiter durch die StVOV bestätigt wurde noch im Amt: Jürgen Koch vom Stadtjugendamt.

Insgesamt fanden 51 Sitzungen der StVOV statt. Die ersten 10 Sitzungen fanden im Plenarsaal des Gaststättenkomplexes „Kaluga“ statt, eine Sitzung im Plenarsaal im „Haus der Demokratie“, dem heutigen Neuen Rathaus. Alle anderen Sitzungen fanden im Oberrathausaal statt.

Die Sitzungen der StVOV begannen (bis auf wenige Ausnahmen) um 14.00 Uhr. Später wurde der Beginn der SR-Sitzungen auf 15.00 Uhr, dann auf 16.00 Uhr gelegt. Erst seit 2004 beginnen die Sitzungen in der Regel um 17.00 Uhr.

Die Arbeit der StVOV war von einer Vielzahl von Themen geprägt, die heutzutage nicht zu den direkten Aufgaben eines SR gehören. Ebenso Aufgaben, die im Rückblick die Besonderheiten der damaligen Zeit widerspiegeln.

1990 gehörte dazu als ein großer Schwerpunkt der Verkauf von volkseigenen Ein- und Zweifamilienhäusern an die Mieter. Die Stadtordnung der Stadt musste dringend überarbeitet werden, um z.B. den Verkauf von Gebrauchtwagen zu regeln. Autowracks, Müll und Leergutentsorgung waren einige der dringend zu lösenden Probleme. Die gelben Säcke heute sind dagegen Peanuts. Es ging auch um die Freihaltung der Innenstadt von Spielcasinos, Erotikshops, Bordellen und Spielhallen. Auch das ausufernde Marktunwesen musste geordnet werden. Der VEB Gebäudewirtschaft wurde im September in eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft überführt. Es ging ebenfalls um Belegungsrechte im kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswesen. Die Chefin der Sparkasse, Frau Apitzsch, informierte in der 2. Sitzung am 13.06.90 zur Vorbereitung des Währungsumtausches. Es wurden dringend Lösungen für den ruhenden Verkehr gesucht. Der Bau der O-Bus-Linie wurde in der 4. Sitzung am 27.06.90 vorläufig gestoppt. Es gab einen Bericht zur Situation im Blutspendewesen. Mehrere Male wurde zur Sicherheitsproblematik informiert. Ebenso spielte die Zukunft der Offiziershochschule (OHS) eine wichtige Rolle. Es gab gute Ideen zur Erweiterung der Technischen Hochschule Ilmenau an diesem Standort. Im September waren die ersten Studenten bereits dort eingezogen. Am 1. Oktober fand die erste Vorlesung statt. Allerdings wurde dieses Projekt anderen Ortes nicht gewollt und deshalb nicht umgesetzt. Ein heiß diskutiertes Thema war ein geplanter Kindergartenneubau auf dem Lautenberg. Dazu gab es bereits ausgearbeitete Pläne für ein damals modernes Projekt in Sternform. Im Oktober 1990 demonstrierten die Mitarbeiter des Gaststättenkomplexes „Kaluga“

auch während einer Sitzung der StVOV. Der Betreiber hatte den Mietvertrag gekündigt, weil unter marktwirtschaftlichen Bedingungen allein die Betriebskosten nicht zu erwirtschaften waren. Der Leiter der Niederlassung Suhl der Treuhandanstalt berichtete in der StVOV im Dezember zur Situation und zu den Ereignissen bei der Simson GmbH. Im Dezember 1990 wurde ein Zweckverband zur Entwicklung des Rahmenplans für das Gebiet der OHS auf dem Friedberg mit Hirschbach und Altendambach gebildet. Im Februar 1991 wurde dazu ein erster Aufstellbeschluss gefasst. Das ehemalige GST-Ausbildungszentrum (heutiges Stadtarchiv) wurde für die kommunale Berufsschule bereitgestellt, die sich zuvor im Gebäude des jetzigen Magazins des Waffenmuseums in der Lauter befand.

Eine heftige öffentliche Debatte begann Anfang 1991 um die städtebaulichen Lösungen für die Rekonstruktionsmaßnahme „Gothaer Straße“. Es sollte eine 2-spurige Straße gebaut werden. Sowohl Experten als auch Bewohner vertraten unterschiedliche Auffassungen. Die dann getroffene Entscheidung widerspiegelte auch die damalige Hoffnung in die Möglichkeiten der neuen Zeit.

Hundesteuersatzung, ein Bürgerbegehren gegen die Anhebung der Tarife für den ÖPNV, die Entwicklung von Stadtwerken, die Unterstellung der Berufsfeuerwehr vom Innenministerium an die Kommunen bestimmten die Beratungen des ersten Quartals. Im Februar erklärte sich die Stadt unter dem Eindruck des Golfkrieges zur „Stadt des Friedens“. Im Mai 1991 wurden die wissenschaftliche Allgemeinbibliothek und die Bezirksmusikschule in städtische Trägerschaft übernommen. Insbesondere das Aufgabenprofil der Bibliothek musste geändert werden. Das war mit einem starken Personalabbau verbunden. Dort waren über 70 Menschen beschäftigt. Es gab noch eine eigenständige Kinderbibliothek sowie eine Zweigbibliothek im Wohngebiet Ilmenauer Straße. Für die Wohnbaustandorte „Am Bock“ und „Breites Feld“ wurden die Weichen gestellt. Im September 1991 wurde eine Absichtserklärung zwischen der Stadt Suhl und der Fa. Herbert Hillebrand Bauverwaltungsgesellschaft bestätigt. Dazu gab es in der Folgezeit mehrere Beschlüsse, die immer mit großer Mehrheit gefasst wurden. Aber es gab natürlich auch große Debatten dazu. Anfang 1995 wurde sogar ein Untersuchungsausschuss gebildet. Gegründet wurde die „Städtische Nahverkehrsgesellschaft“. Ebenso wurde das Einvernehmen der Stadt zu dem Vorhaben „Neubau eines Einkaufszentrums Wässrige Wiese (Marktkauf) in Suhl-Mäbendorf“ erklärt. Damals sollte es ein Ersatz für den zu schließenden Konsum im Ort werden. Der Vermieter hatte wegen Eigenbedarf den Mietvertrag gekündigt. Im November beschloss die StVOV die Anerkennung der Jagdwaffenberufe und die Gründung einer Jagd- und Sportwaffenschule. Das war notwendig, weil die Berufe Gewehrschäfte, Systemmacher und Laufschiesser im damaligen Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe in der BRD nicht aufgeführt waren. Es bedurfte noch einiger Anstrengungen. Auch das war eine richtige Entscheidung. Die Büchsenmacherfachschiule ist bis heute ein Erfolg!

Seit Beginn 1992 wird am Flächennutzungsplan der Stadt Suhl gearbeitet. Dazu gab es im Verlauf der Jahre mehrere hundert Einzelabstimmungen und ca. 20 Einzelteilpläne. Er ist bis heute nicht endgültig abschließend beschlossen. Eine Methode, mit der die Stadt aber gut gefahren ist. Die raschen demografischen Veränderungen zwangen zu einer ständigen Anpassung. Das ist im Zustand eines Entwurfes leichter gewesen. Im ersten Quartal 1992 begannen die Debatten um die Gemeinde- und Gebietsreform. Sie tobte aber vor allem im Umfeld von Suhl. Suhl blieb dann kreisfrei. Der Kreis Suhl-Land um Suhl herum verschwand. Über die Schließung von Kindereinrichtungen wegen gesunkener Nachfrage wurde beraten. Es waren mal 35. Es kam zu einer kurzzeitigen Besetzung des OB-Büros durch aufgebrachte Eltern. Die Schließungen bedeuteten die Entlassung vieler Beschäftigten. Übrigens eine Aufgabe, um den ich den damaligen OB nicht beneidet habe. Im April 1992 wurde ein konzeptioneller Beschluss zu Straßenumbenennungen zum 01.01.1993 gefasst. Der Direktor des Landesfunkhauses des MDR gab auf Nachfrage der StVO im Mai 1992 einen Bericht zum Konzept des MDR. Im Juni wurde eine Feuerschutzabgabe beschlossen. Das war eine Idee des legendären Ordnungsdirektors Ulrich Modlmeier. Sie hatte nicht lange Bestand. Im Juli 1992 wurde der Beschluss zum Bau der Sporthalle Wolfsgrube im Zusammenhang mit dem Umbau der Stadthalle gefasst. Die Zuschauerkapazität wurde wegen der Handballer, die damals noch Bundesliga spielten, von geplanten 300 auf 1.800 erhöht. Ohne diese Entscheidung gäbe es heute auch keine Volleyball-Bundesliga in Suhl. Das Einvernehmen zum Abriss der Minol-Tankstelle am Standort Schmückestraße wurde erteilt. Der Ort heißt im Volksmund aber immer noch Intertank-Kreuzung. Im September 1992 gab es den Beschluss zur Errichtung des Neubaus der GS Heinrichs. Ab Ende 1992 prägte die Zukunft der Thüringen Philharmonie Suhl die Diskussion in der Vertretung - letztlich bis zum Herbst 2007! Dieses Thema

war in meiner Wahrnehmung das langwierigste, schwierigste und emotionalste Thema der bisherigen SR-Geschichte seit 1990.

Im Januar 1993 wurde der Umbau einer leeren Kinderkombination in Suhl-Nord zu einem Jugend- und Vereinshaus beschlossen. das heutige „Nordlicht“. Im Februar 1993 gab es eine weitere Besonderheit. In der StVOV Suhl gab es jetzt eine Fraktion Parteilose. Das waren die ehemaligen Mitglieder der DSU-Fraktion nach ihrem geschlossenen Parteiaustritt. Im ersten Quartal 1993 bestimmte die Diskussion um den Umbau des Stadthallenkomplexes, der Umbau der Schwimmhalle zum Freizeitbad, der Teilabriss des Hotel- und Bürogebäudes, der Neubau von Atrium und Parkgarage sowie die weitere Verwendung der Wandbilder am Stadthallenkomplex den Inhalt der Arbeit in der StVOV. Letzteres wird uns wohl bald wieder beschäftigen. Die Schulnetzentwicklung spielte eine zunehmende Rolle.

Die Grundschule in Neundorf wurde geschlossen, was den Abgeordneten Klaus Goedecke (SPD) zu dem verzweifelten Ausruf veranlasste: „Da sind doch meine Kinder 25 Jahre hingegangen!“. Die damaligen Kommentare verkneife ich mir jetzt! Prägend für diese Zeit war auch die beginnende große Diskussion zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 16; der Bau der Autobahnen um Suhl herum. Die StVOV erteilte das Einvernehmen zur Errichtung des Arbeitsamtes in der Werner-Seelenbinder-Straße, nachdem zunächst ein Neubau in der Gutenbergstraße/Ecke Wilhelm-Pieck-Straße favorisiert wurde. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode begann ebenfalls die Arbeit an den Auswirkungen des Altschuldenhilfegesetzes. Das damit verbundene Privatisierungskonzept wurde von GeWo und AWG in der StVOV erläutert. Damit begann eine wohl beispiellose Zusammenarbeit der beiden Wohnungsunternehmen mit der Volksvertretung. Bis heute stemmen beide Unternehmen den Stadtbau mit der Stadt allein. Andere profitieren davon.

Mit Beginn des Jahres 1994 begann die Diskussion um die künftige Trägerschaft des Klinikum Suhl. Das Land favorisierte zunächst eine kommunale Trägerschaft. Zum Glück wurde später eine andere Entscheidung getroffen. Ebenso wurde die Eingemeindung von Albrechts, Dietzhausen, Vesser und Wichtshaus nach Suhl vorbereitet und zum 01.04.1994 vollzogen. Auch Dillstädt wollte damals zu Suhl. Das wurde aber im Land verhindert. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zella-Mehlis entschieden sich im März 1993 in einer Bürgeranhörung gegen ein Zusammengehen mit Suhl.

In der Zeit zwischen Mai 1990 und Mai 1994 gab es eine Vielzahl von Berichterstattungen von Dezerenten der Stadtverwaltung, von Leitern städtischer Betriebe und anderen wichtigen Einrichtungen in der Stadt. Ebenso erstatteten die Vorsitzenden von Fachausschüssen regelmäßig Bericht zu wichtigen Themen.

Insgesamt legten 20 gewählte StVO im Verlaufe der Wahlperiode ihr Mandat nieder. Das war zum überwiegenden Teil in den beruflichen Veränderungen und Neuorientierungen begründet. Dabei gab es aus heutiger Sicht einige Kuriositäten. Ein Mitglied der DSU schied im Juli 1990 aus und kam im Mai 1991 wieder zurück, als sein Nachfolger ausschied. Im März 1992 reichte Herr Christoph Baudach (FDP) seinen Rücktritt ein. Dieser Rücktritt wurde nicht angenommen, da die dafür notwendige 2/3-Mehrheit nicht erreicht wurde. Er blieb dann StVO. Ebenso wurden später die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Dr. Walter Schulz (PDS) und des Abgeordneten Holger Aderhold (NF) abgelehnt. Zu den Ausschüssen sind statistische Angaben nur schwer möglich. Es existieren von einigen keine Unterlagen. Zu der nachgewiesenen Zahl von 381 Sitzungen sind also sicher noch mindestens 50 hinzuzuzählen. Damit wäre diese Wahlperiode mit Abstand die arbeitsintensivste seit 1990 und das in nur 4 Jahren! Die nachgewiesene Zahl der Ausschussbeschlüsse hält sich mit 553 auch deshalb in Grenzen, weil lange außer dem Hauptausschuss alle andere Ausschüsse nur beratenden Charakter hatten. Später kamen auch der Finanzausschuss und der Bauausschuss beschließend dazu.

Die STVOV fasste von 1990 bis 1994 1.155 Beschlüsse. Der Beschluss mit der Nummer 1 war die Wahl des Präsidiums. Der Beschluss 1.155 war eine Ergänzung der Hauptsatzung der StVOV in den § 7-9 zur Versiegelung von städtischen Flächen.

Ich komme jetzt zu einigen Fakten der letzten 30 Jahre:

Insgesamt sind bis März 2020 2.258 Ausschusssitzungen belegt. Ca. 5.500 Beschlüsse wurden gefasst. Der fleißigste Ausschuss ist der Finanzausschuss mit 509 Sitzungen. Es gab 11 weitere Ausschüsse, aber nicht immer in allen Wahlperioden.

Zu den Stadtratssitzungen: 2 Sitzungen fanden an einem Sonntag statt (17.06.1990 und 21.04.1996).

Hoch gerechnet dauerte eine Sitzung in der 1. Wahlperiode im Schnitt damals 345 Minuten. In der 2. Wahlperiode dauerten die Sitzungen im Schnitt 314 Minuten. In der 3. Wahlperiode dauerte eine Sitzung noch im Durchschnitt 258 Minuten. In der 4. Wahlperiode (ab 2004) dauerte eine Sitzung noch 220 Minuten. Seit 2009 dauern die Sitzungen im Durchschnitt weniger als drei Stunden mit abnehmender Tendenz. Man könnte zur Schlussfolgerung gelangen: in den ersten 3 Sitzungsperioden ist das meiste schon erledigt worden! Und wenn die Entwicklung so weiter verläuft, kommen unsere Nachfolger irgendwann nur noch, um die Pause durchzuführen.

Seit dem 31.05.1990 bis 03.06.2020 tagte der SR bei 331 Sitzungen also 79.513 Minuten, rund 1.325 Stunden. Es gab 7 Sitzungen, die 20 Minuten und weniger dauerten. Die kürzeste Sitzung: 14.04.1999 - 4 Minuten, Bestellung von Herrn Falk Haase zum Stadtwahlleiter. Eine Stadträtin kam Punkt Ende der Sitzung. Sie erhielt auch kein Sitzungsgeld. Es gab auch ausgesprochen lange Sitzungen. 76 Sitzungen dauerten nachweislich länger als 300 Minuten!!! Mindestens 6 Sitzungen dauerten über 8 Stunden!! Absolut die längste Sitzung: 25.01.1995 - 550 Minuten, von 15.00-00.10 Uhr. Im Protokoll stand dann aber 24.00, denn der OB wollte kein neues Sitzungsgeld bezahlen. Hauptthema war nach dem Ausstieg Hillebrands die Vergabe des Projektes CCS an die Commerz Leasing. In namentlicher Abstimmung (24/12/5) wurde das bestätigt. Es ging auch um die Verwendung der Wandbilder der Stadthalle am „Haus Philharmonie“, die Bildung eines zeitweiligen Ausschuss CCS sowie das Betreiberkonzept CCS, aber auch die Belegungsbindungen von Wohnungen. In den 331 Sitzungen des SR wurden bis heute 5.772 Beschlüsse gefasst!

Einiges zu den Menschen im Stadtrat:

Bis heute habe ich die Namen von 567 Menschen erfasst, die in Beiräten, als sachkundige Bürger oder in Ortschaftsräten kommunalpolitisch aktiv waren. Allerdings bin ich bei den meisten Ortschaftsräten noch auf der Suche. Bei den 7 Wahlen in der Neuzeit haben sich insgesamt 645 Menschen um ein Mandat beworben, viele davon mehrfach. Sie bewarben sich über die Listen von 27 Parteien, Vereinigungen oder als Einzelbewerber. Nur 3 Parteien oder Vereinigungen sind in allen Wahlperiode angetreten und auch gewählt worden. Die FDP verpasste die Wahl 1999, weil die Unterlagen zu spät eingereicht wurden. Bisher gab es 4 Gruppierungen, die die Bezeichnung „Freie Wähler“ in ihrem Namen führten. Bis heute haben 210 Menschen das Mandat für die STVOV/den SR angenommen.

209 davon haben es auch mindestens 1x ausgeübt. Davon waren für mich erkennbar 61 weiblichen und 148 männlichen Geschlechts. Mit dem heutigen Tag sitzen noch oder wieder drei Menschen im SR, die in der ersten Sitzung der StVOV am 31.05.90 dabei waren, noch: Dr. Reiner Miersch/ wieder: Dr. Martin Kummer und Klaus Lamprecht. Und, schauen Sie sich die drei an! SR-Arbeit hält jung und schön!

In der ersten Wahlperiode gab es 62 Stadtverordnete. Von 1994 bis 2004 gab es 42 Stadträte plus den OB. Seit 2004 gibt es 36 Stadträte plus den OB

Leider habe ich von 15 Sitzungen keine Anwesenheitslisten gefunden. Viele Teilnahmen konnte ich über Protokolle erfassen, wer gesprochen hat, wer später kam oder zwischendurch mal rauchen oder auf Toilette war, oder weil ein Abstimmungsergebnis eine vollständige Teilnahme ergab.

(Stand 03.06.20):

133 Menschen absolvierten bis zu 50 Sitzungsteilnahmen

43 Menschen bis zu 100 Sitzungen

19 Menschen waren bis zu 150 Sitzungen dabei

8 Menschen haben bis zu 200 Sitzungsteilnahmen

3 bis zu 250 Sitzungsteilnahmen: Leukefeld 245, Wirthwein 222, Dr. Hauk 204

3 über 250 Sitzungsteilnahmen: Dr. Miersch 301, Korn 279, K. Müller 261

9 Menschen waren oder sind in 4 Wahlperioden aktiv: Ina Burandt; Ingrid Ehrhardt; Jürgen Gerbig, Mathias Griebel; Dr. Manfred Hardt; Marcus Kalkhake; Matthias Schöppe; Heidemarie Schwalbe; Kristina Thiers – nicht alle immer die ganze Wahlperiode

3 Menschen waren oder sind in 5 Wahlperioden aktiv: Matthias Gering; Klaus Lamprecht; Hans-Jürgen Wirthwein

4 Menschen waren oder sind in 6 Wahlperioden dabei gewesen: Dr. Walter Hauk; Fred Korn; Ina Leukefeld; Karin Müller

Ein Mensch ist bis heute in allen 7 Wahlperioden ohne Unterbrechung aktiv dabei! Und das bei einer nachgewiesenen Anwesenheit von 91%: Dr. Reiner Miersch

Die Menschen mit 150 und mehr Sitzungen seit dem 31.5.1990 sind: Stand 03.06.2020

Frau Ilona Burandt	150 Teilnahmen
Herr Marcus Kalkhake	152 Teilnahmen
Herr Peter Hornschuch	155 Teilnahmen
Herr Klaus Lamprecht	159 Teilnahmen
Frau Ingrid Ehrhardt	171 Teilnahmen
Frau Heidemarie Schwalbe	171 Teilnahmen
Herr Dr. Manfred Hardt	176 Teilnahmen
Herr Mathias Griebel	181 Teilnahmen
Herr Mathias Gering	192 Teilnahmen

Die Menschen mit mehr als 200 Teilnahmen habe ich bereits genannt!

Eine Normalität in Suhl war die Tatsache, dass es bis auf ca. 1 Jahr Mitte der 90er Jahre in der Vertretung keine Koalitionen gab. Wer etwas durchbringen wollte (OB oder Fraktionen) musste sich immer Mehrheiten suchen. Das hat meiner Meinung nach zur Debattenkultur beigetragen. Denn, wenn ich heute mit jemanden in der Sache streite, dann so, dass ich beim nächsten Thema noch mit ihm rechnen kann. Und manchmal war es auch gut, dass der andere Recht hatte.

Bei aller Hitzigkeit von Debatten, Themen dazu gab es genug: CCS, Philharmonie, Autobahn, Müllverbrennung, Schulnetz, insbesondere auch die Jenaplanhschule, Stadtentwicklungskonzept, vor allem die weitere Entwicklung von Suhl-Nord, Haushalte und Haushaltssicherungskonzepte, ist mir nicht in Erinnerung geblieben, dass ein Sitzungsleiter das Hausrecht gegen Stadträte ausüben musste, Wir waren auch immer beschlussfähig. Einmal musste ein Stadtverordneter ermahnt werden, weil er unberechtigter Weise ein Plakat während der Sitzung hochhielt. Das war der Kollege Gerhard Hopp von der FDP. Er forderte, die Rolle des Sports in der Gemeinschaft zu beachten. Es gilt bis heute der Ausspruch des damaligen BM Roland Deschler (SPD), der am 28.01.1993 nach heftiger Debatte zu Grundstücksverkäufen feststellte: „Eine gesunde Erregung ist auch nicht immer verkehrt.“ Dass die Arbeit der ehrenamtlichen Stadtverordneten/Stadträte nicht immer anerkannt wurde und der Vorwurf im Raum stand, die würden zu viel verdienen, veranlasste den Kollegen Lamprecht am 13.01.1994 zu der Feststellung: „Die Aufwandsentschädigung ist teilweise Schmerzensgeld“. Nach längerer, heftiger, aber konstruktiver Debatte wurde mehrheitlich der Verzicht auf das Wort „teilweise“ bestätigt.

Manchmal entwickelten die gewählten Vertreter zu wenig Vorstellungsvermögen. Deshalb fragte der StVO Tamke (SPD) im Juli 1992 sicherheitshalber zu den geplanten Umbaumaßnahmen in der JVA Goldlauter nach. „Nun sagen Sie mir mal, wenn ich jetzt drin bin im Knast, ist da die 6-m-Mauer vor oder hinter der 4-m-Mauer?“

Es gab in Konfliktsituationen aber auch praktische Vorschläge: Ein Kindergarten zog vom Weberblock in die Aue. Bisher hieß er nach dem Vogel „Lerche“. Den Namen wollte er behalten. Manche Parlamentarier trieb das in Gewissensnöte. So legte einer dar, dass er aus ornithologischen und heimatpatriotischen Gründen nicht zustimmen könne. Die Lerche sei ein Vogel des Oberlandes. Nie habe er im Unterland sein Nest gehabt. Nein, das Oberland gibt seinen Vogel nicht her! Ein Abgeordneter brachte dann den Vorschlag, aus dem „e“ ein „ä“ zu machen. Einigen konnte man sich nicht. Also wurde die Angelegenheit in den Recht-, Sicherheits- und Personalausschuss mit 15 Dafür- und 14 Dagegenstimmen und 11 Stimmenthaltungen verwiesen. Womit man wieder einmal sehen konnte, wozu ein kleiner Vogel fähig ist. Wie die Sache ausgegangen ist - das suche ich noch! In meinen eigenen Unterlagen von diesem Ausschuss habe ich keinen Hinweis auf eine Behandlung gefunden.

Es gab aber auch jähe Wendungen bei wichtigen Entscheidungen. Ich zitiere aus einem Leserbrief im FW vom 11. Dezember 1990: Am 11. September war in einer Thüringer Zeitung in einem Bericht zu der StVOV vom 06.09.1990 zu lesen: „Spektakulär vielleicht der Antrag der CDU, den Innenstadtbereich von Suhl von Spielcasinos, Spielotheken, Eroticshops und Bordellen freizuhalten. Und der Autor, selbst Mitglied der CDU-Fraktion, empfiehlt anderen Kommunen, dem Antrag der CDU zu folgen, denn „einmal angesiedelte Gewerbe sind erfahrungsgemäß nur mit erheblichem Aufwand auf rechtsstaatlichem Wege aus der „Bannmeile“ zu verdrängen.“ So traute ich (so der Autor) meinen Ohren nicht, als gegen Ende der letzten StVOV der Suhler OB M.K. einen Dringlichkeitsantrag zur Eröffnung eines Beate-Uhse-Ladens in der Suhler Mühltorstraße einbrachte. Die zukünftige Leiterin hatte er

gleich zur Verstärkung mitgebracht. Was mag den OB bewogen haben, ein Keramikgeschäft in einen Sex-Shop umwandeln zu lassen und die Aufhebung der „Bannmeile“ persönlich und dringlich zu beantragen? 3 Gegenstimmen, 4 Stimmenthaltungen, vergessen der „spektakuläre Antrag“ vom 6. September und auch der moralische Zeigfinger für andere Kommunen. Es lebe der Sex, nun auch im CDU-regierten Suhl!

Zusammenfassend kann der tiefe Seufzer des Kollegen Holger Aderhold (NF) 1992 als Leitmotiv über die Bemühungen der Stadträte auch der heutigen Zeit stehen: „Das versteht ja kein normaler Mensch, geschweige denn ein Abgeordneter!“

Meine Damen und Herren: Es war mir ein Vergnügen!“

Die Vorsitzende verabschiedet StR-Mitgl. Herrn Lamprecht, welcher zum 30.06.2020 sein Mandat niederlegt. Der Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden schließen sich dem an.

TOP 9.: Informationen des Oberbürgermeisters

öffentlich -

- Umsetzung Beschluss Stadtrat 159/12/2020 vom 27.05.2020 „Unterstützung für Unternehmen und Selbstständige, die durch die Corona-Krise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind
 - . Prüfung durchgeführt und Ergebnis im Finanzausschuss vorgestellt, hat es einvernehmlich Zur Kenntnis genommen
 - . Grundsteuer A Hebesatz 320, B 445 – dürfen aufgrund Verwaltungsvorschriften Bedarfszuweisungen nicht unter Mindesthebesätze abgesenkt werden
 - . Grundsteuer B in Anlehnung an Dt. Städtetag (Bewältigung Corona-Krise vom 07.04.) zinslos gestundet auf Antrag
 - . Gewerbesteuer 424 – Mindesthebesatz ist 404; Änderung wirkt sich momentan nur auf Gewerbesteuervorauszahlung für 2020 aus; erst bei Abrechnung 2022 für 2020 lässt sich Effekt darstellen
 - . ca. 450 T€ Einnahmeverlust für Stadt, wenn man Zahlen vom Vorjahr als Vergleich nimmt
 - . Antrag auf Stundung Gewerbesteuer möglich – wird zinslos bewilligt
 - . Mietzuschüsse/-erlasse: Suhl in angespannter Haushaltssituation, Einnahmeausfälle verschärfen sich seit März – daher unzulässig
 - . Bewirtschaftungssperren wurden angeordnet
 - . Aussetzung Sondernutzungsgebührensatzung: Verkaufs- und Imbissstände, aufstellen von Tischen und Stühle im Freien, Ausstellungsgegenstände usw. – Erhebung von Gebühren auf Antrag vom 15.03. – 31.12.2020 aussetzen – entsprechende Anweisung wurde durch ihn erlassen
- geprüft wird Etablierung von Sondermärkten zur Unterstützung Gastronomie und Wirtschaft, jeweils ein Samstag im Monat – Abstimmung mit Markthändlern, Stadtmarketinginitiative
 - . voraussichtlich 01.08.2020 und 12.09.2020 (Pflanzenbörse, Familiensamstag)
- Studie IW – Regionalranking 2020
 - . Artikel „Wirtschaftlicher Segen und der Fluch der Statistik“ im Freien Wort, 11.06.2020
 - . verschiedene Städte in BRD wurden untersucht, neue Kategorie „Dynamik“ eingeführt (2016 und 2018 untersucht)
 - . bei „Niveau“ Suhl von 401 Getesteten auf Platz 248, Platz 1 Kreis München, Platz 2 Stadt München, Platz 3 Stadt Coburg, Kreis Fulda Platz 157, Kreis Hildburghausen 256, Kreis Schmalkalden-Meiningen 288 usw.
 - . bei „Dynamik“ Suhl bundesweit auf Platz 2
 - . ärgert sich über Berichterstattung, dass das nur statistische Effekte sind
 - . hat das vom Bereich Wirtschaftsförderung untersuchen lassen: 14 Faktoren wurden untersucht, ein Gesamtindex wurde gebildet → 3 Gruppen:
 - Wirtschaftsstruktur (35% am Gesamtindex)
 - Arbeitsmarkt (16% am Gesamtindex)
 - Lebensqualität (49% am Gesamtindex)

- . negative Bemerkungen von IHK zum positiven Abschneiden im Dynamik-Ranking:
 - zur Gewerbesteuer senkung: Hebesatz wurde erhöht und dann in Studienzeiträumen auf Druck der Wirtschaft in Suhl zurückgenommen
 - richtig ist, dass Gewerbesteuer bis 2015 stetig angewachsen ist, 2017 aufgrund fraktionsübergreifenden Antrages in 2016 wieder gesenkt wurde
 - Gewerbesteuer nur mit 7,6 % in Studie eingeflossen
 - Abwanderung unter 30-jährige (25 - 30jährige): junge Flüchtlinge in EAE beeinflussen Statistik, aber nicht Einwohner mit dauerhaften Wohnsitz
 - richtig ist: ausschließlich Binnenwanderungssaldo, ohne Ausländermigration, je 1.000 EW in Studie eingeflossen
 - Ärztedichte: Personaleinstellungen in überregional agierendem Klinikum wirken sich positiv auf Statistik aus
 - richtig ist: Suhl hatte negative Veränderung von – 0,7 Punkte, sind auch negativ ins Ergebnis eingeflossen
 - ausgewiesene Natur- und Erholungsflächen: Zuwachs wäre durch Eingemeindung Gehlberg, Schmiedefeld gekommen
 - richtig ist: Betrachtungszeitraum 2016 - 2018, zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine Eingemeindung
- . größten Einfluss auf Ergebnis hat Lebensqualität mit 49%
- . ZDF-Studie untermauert dieses Ergebnis auch in seiner im November 2019 erschienen Deutschlandstudie, bei der Suhl bei Familien auf Platz 9 (v. 401) landet und bei Senioren Platz 2 (von 404) erreicht
- . wäre schön, wenn Stadt Suhl in einer Statistik/Studie positiv erwähnt wird, dass sich alle darüber freuen und Stolz auf ihre Stadt sind
- Schulung Aufsichtsräte Ersatztermin für 14.03.2020 – vier neue Termine zur Auswahl: 12.09., 19.09., 10.10., 17.10.2020; 9.30 – 12.30 Uhr – in Fraktionen bitte abstimmen
 → Fraktionen bis 15.07.2020 Rückmeldung an Personal- und Hauptamt, Herrn Backhaus, welcher Termin passt

StR-Mitgl. Herr Dr. Kummer nimmt an der Sitzung teil = 35 Stimmberechtigte anwesend.

Lüftungspause 18.06 – 18.20 Uhr

<p>TOP 10.: Bericht der Wohnungsgesellschaften zur Wohnungssituation in der Stadt Suhl</p> <p>Gäste: Herr Hertha, Geschäftsführer der GeWo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH Suhl Herr Brösicke, Vorsitzender des Vorstandes der AWG Wohnungsbaugenossenschaft "Rennsteig" eG</p>	<p>- öffentlich -</p>
---	-----------------------

Herr Brösicke, AWG, hält den Bericht für beide Wohnungsunternehmen, anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift beiliegt.

StR-Mitgl. Herr Jähne, CDU

- Herr Brösicke erwähnte Zusammenarbeit mit anderen Vermietern
- Wird bei der Erarbeitung des Mietspiegels nur über diesen oder auch über die heutigen Dinge gesprochen?

Herr Brösicke

- nur Mietspiegel, weil der schon ausführlich genug ist
- Kreis der Erarbeiter ist hohes Abbild der Vermieter vom Wohnungsmarkt

- wenn dieser Personenkreis auch bei den anderen Daten mitarbeiten würde - erfasste Daten, auch anonym, in Datenbank verarbeiten (Leerstand, Modernisierungsgrad etc.) – wäre großer Fortschritt
- bisher nur AWG und GeWo erfasst (ca. 8.000), aber es gibt noch ca. 5.000 weitere Wohnungen

StR-Mitgl. Frau Müller, SPD

- Dank an beide für interessanten Vortrag
- in Ilmenauer Straße soll wieder Wohnungsbau stattfinden
- Hat die AWG vor, in den nächsten Jahren dort zu bauen?
- muss noch viel abgerissen werden, aber Bedarf an neuem Wohnraum ist da
- falls Wohnungsbau dort vorgesehen ist, werden Stadträte Schwerpunkt daraufsetzen, dass AWG oder GeWo dort bauen

Herr Brösicke

- vorgesehenes Projekt dort, wo es keinen Bebauungsplan (B-Plan) gibt
- städtischer B-Plan nur unterhalb Kaufhalle
- überrascht, dass darüber Gebäude entstehen soll
- verschiedene Optionen mit Ideen, wo gebaut werden könnte – z. B. AWG Reuetal, GeWo Abriss Aue I, AWG Karl-Marx-Straße hochwärts rechte Seite
- Frage ist immer, wie leistungsfähig sind Mieter, die auf Markt kommen
- eine Gruppe, die immer auf preiswerten Wohnraum (5,00 – 5,50 €) angewiesen ist – der muss immer vorgehalten werden
- Wohnungsunternehmen sind auf Mieterhöhungen angewiesen
- Sanierungskosten bei Heizung/Sanitär von 2018 bis heute von 8 auf 10,5 T€ erhöht – muss sich bei Miete widerspiegeln
- anderen Gruppe, die heute in Siedlungen an Bergen in Häuschen leben, die sie mal gebaut haben; die jetzt schon wissen, dass sie in 10 Jahren dort nicht mehr leben werden, weil sie den Weg nicht mehr schaffen – möchten dann in der Stadt wohnen
- fragen, wo diese Leute wohnen wollen – Karl-Marx-Straße?
- schauen, wie sich Klientel entwickelt
- momentan Kredite günstig, aber Leistungsentgelt für Sanierung exorbitant gestiegen

StR-Mitgl. Herr Theisinger, SPD

- Dank an beide Unternehmen für interessante Informationen, auch zur Barrierefreiheit
- Dank an beide Unternehmen für Engagement in Vereinsarbeit/ehrenamtliche Arbeit, hilft Vereinen sehr

Finanzdezernent Herr Reigl

zur Bebauung Himmelreich

- im letzten Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss gab es Diskussion zum verkauften Grundstück – konnte dort keine genaue Auskunft geben
- hat sich Rahmenplanung angeschaut, wird im nächsten Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss Plan vorlegen – Nachbebauung so vorgesehen, wie sie jetzt genehmigt werden soll
- ist nicht so, dass Rahmenplan auf Höhe K.-Marx-Straße endet, geht um Straße Am Himmelreich rum
- besagtes Grundstück hatte schon bei Beschluss im Stadtrat die jetzt vorgesehene Bebauung
- Verwaltung hat nach Beschlusslage gehandelt

StR-Mitgl. Frau Ehrhardt, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

- toll, was AWG und GeWo geleistet haben, z. B. Judithstraße, Lilli-Platz
- Führen Sie Buch, wenn Sie in hochklassige Wohnungen Mieter bekommen?
- kennt einige Leute, die ihre Häuser bereits verkauft haben und nach Stadtmitte/Aue gezogen sind (mit Aufzug etc.) – sind zufrieden
- Führen Sie eine Statistik, wie viele Leute ihre Häuser aufgeben und in Wohnungen ziehen?
- weiterdenken in Suhl – viele Einfamilienhäuser stehen an Hängen und werden in 10 Jahren zum Verkauf stehen
- fragt sich, ob es zielführend ist, jetzt viele Bauplätze auszuweisen – Stadt nicht verfallen lassen
- viele junge Leute kaufen auch gern bereits gebaute Häuser, weil die nicht so teuer sind

Herr Brösicke

- legt viel Hoffnung in Arbeit der Stadtverwaltung, die sie im nächsten halben Jahr leisten wird, auch in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen u. a. relevanten Partnern
- eine Aufgabe: Einwohnerstatistik der Standorte analysieren, Altersstrukturen bewerten und dazu die eventuelle Zukunft
- Zuzug könnte damit befriedigt werden, wenn in 10 – 15 Jahren viele alte Häuser frei werden und für die Älteren stadtnaher Wohnraum geschaffen wird
- Oberbürgermeister hat sie dazu vor einigen Wochen angesprochen
- wurde vereinbart, dass im September (neue Einwohnerprognose) die Arbeit los geht, Fortschreibung ISEK für 2021

Oberbürgermeister Herr Knapp

- unterschiedliche Trends auf Wohnungsmarkt: solvente ältere Bevölkerung, deren Häuser/Grundstücke irgendwann zu groß werden und vom Rand/Dorf nach Stadtmitte ziehen wollen (vorhandene Infrastruktur, kurze Wege) und andererseits junge Familien, die Häuser suchen, auch ältere
- Gebrauchtimmobiliemarkt ist wie leer gefegt
- hat Gespräche mit Bauwilligen geführt, die verzweifelt Haus suchen
- prüfen, wo Baugrundstücke vorhanden sind
- alles hier Gesagte ist richtig
- in Vorbereitung ISEK 2021 hat Verwaltung Studie bei GEWOS in Auftrag gegeben, dabei wird auch auf Altersstruktur in Wohngebieten, Leerstrand, Sanierungsbedarf etc. geachtet – immer anonym
- nicht jedes leer stehende Haus entspricht heutigen Anforderungen/Wünschen
- verständigen, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen, wo kann Stadt Projekte vorantreiben
- Mietermarkt, welcher historisch gewachsen ist, beachten
- Wohneigentumsquote in Deutschland im europäischen Vergleich niedrig
- er setzt auf Wohneigentum, bindet Menschen eher an Stadt als Mietwohnung
- Interessen aller berücksichtigen bei Stadtentwicklung

Herr Brösicke

- wird Idee von Frau Ehrhardt aufgreifen, in Eigenheimstandorten Umfrage machen:
 - Planen Sie in den nächsten 10 Jahren aus-/umzuziehen?
 - Was suchen Sie, wenn Sie ausziehen?
 - Was sind Sie bereit zu zahlen, wenn Sie ausziehen?
 - Welche Prioritäten gibt es für Ihr zukünftiges Wohnen?
- daraus kann man sich ein Bild machen, was gebraucht wird

StR-Mitgl. Herr Dr. Hofmeier, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

- bei Vorstellung, Bürger durch Wohneigentum zu binden, ist ihm nicht gut
- diese Spiralen treiben Leute in Abgrund
- sind auf flexible Arbeitskräfte angewiesen
- wenn sich junge Menschen verschulden und an Ort gebunden sind, stehen sie sich selbst im Weg

Oberbürgermeister Herr Knapp

- ist nicht dieser Meinung

StR-Mitgl. Herr Meinunger, AfD

- zum Himmelreichblock, der gebaut werden soll: begrüßt ausdrücklich, dass in Suhl etwas neu und auch größer gebaut wird
- gibt aber zu bedenken, dass Infrastruktur dort oben für sehr viele Menschen ausgelegt ist und jetzt kommt der Block oberhalb und unterhalb noch weg
- bedenklich für gesamte Stadtentwicklung
- Investor hat Recht, dort zu bauen – dort herrscht Baurecht
- wenn das nicht gewollt ist, hätte vorher rechtzeitig andere Planung gemacht werden müssen
- Kritik geht Richtung Verwaltung, Flächennutzungsplan immer nur als Entwurf – keine Bindungen; für Verwaltung günstig, weil sie handeln kann, wie sie will
- Stadtrat muss dafür sorgen, dass was passiert

TOP 11.: Stand Realisierung des Sanierungskonzeptes der GeWo mit Darstellung der wirtschaftlichen Lage und der weiteren Unternehmensstrategien

Gast: Herr Hertha, Geschäftsführer der GeWo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH Suhl

öffentlich -

Herr Hertha hält seinen Bericht anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift beiliegt.

StR-Mitgl. Herr Weltzien verlässt die Sitzung = 34 Stimmberechtigte anwesend.

StR-Mitgl. Herr Meinunger, AfD

- bei Berechnungen für nächsten 20 Jahre geht GeWo vom jetzigen Zinsniveau aus – dort liegt Unsicherheit

Herr Hertha

- Zinskurve wurde zugrunde gelegt, die gewisse Veränderung berücksichtigt
- wahrscheinlichste Entwicklung, wenn man zurückschaut in vergangene Jahrzehnte, eingerechnet, d. h. pro Jahr halbes Prozent Zinserhöhung bis max. 6 Prozent eingerechnet

StR-Mitgl. Herr Meinunger, AfD

- Gibt es Vergleiche bei den Verwaltungskosten zu anderen Wohnungsunternehmen?

Herr Hertha

- GeWo ist wiederholt beschieden worden (konkrete Zahlen hat er nicht mit), dass Verwaltungskosten im Branchendurchschnitt sehr gering sind
- Branchendurchschnitt liegt bei über 400 €/Mieteinheit/Jahr, GeWo ca. 323 €

Lüftungspause 19.15 – 19.25 Uhr

Die StR-Mitgl. Frau Dr. Sperling und Herr Jähne verlassen die Sitzung = 32 Stimmberechtigte anwesend.

Hinweise der Vorsitzenden:

- Es müssen eine Schiedsperson und zwei Vertreter gewählt werden.
- Jedes stimmberechtigte Mitglied hat 1 Stimme für die Schiedsperson und 2 Stimmen für die Vertreter.
- Zur Durchführung des heutigen Wahlverfahrens muss eine Wahlkommission gebildet werden.

→ Wahlkommission:

Fraktion CDU	-	Herr Schwarz
Fraktion Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen	-	Herr Linde
Fraktion DIE LINKE.	-	Frau Lenz
Fraktion AfD	-	Herr Kremer
Fraktion SPD	-	Herr Nagel

Die StR-Mitgl. Herren Kalkhake, Keiner und Zänglein verlassen die Sitzung = 29 Stimmberechtigte anwesend.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 29 Stimmberechtigten

Damit wird die Wahlkommission bestätigt und nimmt ihre Arbeit auf.

Hinweise der Vorsitzenden:

- Zuerst wird die Schiedsperson gewählt.
- Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen eine Stichwahl statt, bei der gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen erhält (§ 39 Abs. 2 der ThürKO). Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.
- eigenen Stift mit in Wahlkabine nehmen/ Maske aufsetzen für Wahlhandlung

Die StR-Mitgl. Herren Kalkhake, Keiner, Jähne und Zänglein nehmen wieder an der Sitzung teil = 33 Stimmberechtigte anwesend.

Wahlhandlung zum Wahlverfahren

Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch den Vorsitzenden der Wahlkommission

Von 33 abgegebenen Stimmen sind 31 gültig. Davon entfallen auf

Stefanie Blankenburg	25 Stimmen
Simone Henneberg	6 Stimmen

Damit ist Frau Stefanie Blankenburg zur Schiedsfrau gewählt.

Hinweis der Vorsitzenden:

- Jetzt erfolgt die Wahl der Stellvertreter.
- Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat.

Wahlhandlung zum Wahlverfahren

Lüftungspause 19.45 – 19.55 Uhr

Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch den Vorsitzenden der Wahlkommission

Von 33 abgegebenen Stimmzetteln sind 30 gültig. Von den abgegebenen Stimmen erhalten:

Reinhard Urban	26 Stimmen
Simone Henneberg	22 Stimmen

Damit sind Herr Urban und Frau Henneberg zum Stellvertreter der Schiedsfrau gewählt.

Als Schiedsperson für die Besetzung der Schiedsstelle der Stadt Suhl wird Frau Stefanie Blankenburg gewählt. Als Vertreter der Schiedsperson werden Herr Reinhard Urban und Frau Simone Henneberg gewählt.

Wahlergebnis für die Schiedsperson:

Von 33 abgegebenen Stimmen erhalten:

Stefanie Blankenburg	25 Stimmen
Simone Henneberg	6 Stimmen
Reinhard Urban	0 Stimmen

Wahlergebnis für die Stellvertreter der Schiedsperson:

Von 33 abgegebenen Stimmzetteln sind 30 gültig. Von den abgegebenen Stimmen erhalten:

Reinhard Urban	26 Stimmen
Simone Henneberg	22 Stimmen

TOP 13.: Behandlung von Beschlussvorlagen	- öffentlich -
---	----------------

TOP 13.1.: Beschluss-Nummer: STR 187/14/2020 (Drucksachen-Nr.: 2020-0166) Aufhebung des Beschlusses und Neuberufung der Mitglieder des Wohngebietsbeirates Ilmenauer Straße/Döllberg für die Amtszeit 2020 - 2024	- öffentlich -
--	----------------

Geschäftsordnungsantrag Nr. 23/2020

Oberbürgermeister Herr Knapp

Er beantragt eine getrennte Abstimmung des Beschlusspunktes 1.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird konkludent zugestimmt.

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Beschluss des Stadtrates Nr. 175/13/2020 vom 03.06.2020 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis zu Beschlusspunkt 1:

31 Ja - 1 Nein - 1 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Beschlusspunkt 1 beschlossen.

Änderungsantrag des StR-Mitgl. Frau Leukefeld, DIE LINKE.

Sie schlägt Herrn Weltzien als Vertreter für Herrn Theisinger vor.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja - 2 Nein - 4 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Der Stadtrat beschließt:

2. Nachfolgend aufgeführte Personen/Institutionen werden als Mitglieder des Wohngebietsbeirates Ilmenauer Straße/Döllberg berufen:

Herr Uwe Theisinger	Stadtrat
Herr Philipp Weltzien	Vertreter
Frau Elisabeth Pfestorf	Bürgerin
Frau Erika Braun	Bürgerin
Herr Detlef Schneider	Bürger
Herr Lars Jähne	Bürger
Herr Klaus-Peter Schwindack	Bürger
Vertreter GeWo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH Suhl	
Vertreter AWG Rennsteig (Herr Fred König)	
Vertreter 1. Bewohnergenossenschaft	
Vertreter Volkssolidarität (Frau Simone Dunger)	
Vertreter SRH Zentralklinikum Suhl	
Vertreter AWO Ortsverein Suhl	
Vertreter AWO AJS gGmbH	
Vertreter REWE Verkaufseinrichtung	
Vertreter Jugendklub Auszeit	
Vertreterin Internationaler Bund (Frau Martina Juffa)	
Vertreter Kindertagesstätte Fröbel (Frau Chris Albrecht)	
Schülersprecher Greifzu-Schule	

3. Die Berufung wird erst mit Inkrafttreten der Satzung rechtswirksam.

Abstimmungsergebnis zu den Beschlusspunkten 2 und 3:

29 Ja - 2 Nein - 2 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit sind die Beschlusspunkte 2 und 3 beschlossen.

Damit ist die geänderte Vorlage beschlossen.

TOP 13.2.: Beschluss-Nummer: **STR 188/14/2020**

(Drucksachen-Nr.: 2020-0068)

1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Suhl über die einmalige Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen - Straßenausbaubeitragssatzung -

- öffentlich -

Der Stadtrat Suhl beschließt:

Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Suhl über die einmalige Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen – Straßenausbaubeitragssatzung – wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten
Damit ist die Vorlage beschlossen.

TOP 13.3.: Beschluss-Nummer: **STR 189/14/2020**

(Drucksachen-Nr.: 2020-0151)

Feststellung des Jahresabschlusses der Städtischen Nahverkehrsgesellschaft mbH Suhl/Zella-Mehlis für das Geschäftsjahr 2019

- öffentlich -

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Geschäftsführung der SBB Suhler Betriebs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (SBB) zu beauftragen, in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Nahverkehrsgesellschaft mbH Suhl/Zella-Mehlis (SNG) wie folgt zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss der SNG für das Geschäftsjahr 2019 wird festgestellt.
2. Der Jahresverlust für das Geschäftsjahr 2019 von 1.444.955,21 € wird durch die SBB ausgeglichen. Das Landratsamt Schmalkalden-Meinungen übernimmt für den Stadtverkehr Zella-Mehlis einen Verlust von 135.000 €.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

TOP 13.4.: Beschluss-Nummer: **STR 190/14/2020**

(Drucksachen-Nr.: 2020-0147)

Feststellung des Jahresabschlusses der Sport- und Freizeit GmbH Schmiedefeld am Rennsteig für das Geschäftsjahr 2017/18

- öffentlich -

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Sport- und Freizeit GmbH Schmiedefeld am Rennsteig (SFG) zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss der SFG zum 30. September 2018 für das Geschäftsjahr 2017/18 wird festgestellt.
2. Der sich im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 30.09.2018 ergebende Jahresüberschuss von 25.354,22 € wird zusammen mit dem Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja - 3 Nein - 5 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

TOP 13.5.: Beschluss-Nummer: **STR 191/14/2020**

(Drucksachen-Nr.: 2020-0144)

Feststellung des Jahresabschlusses der GeWo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH Suhl für das Geschäftsjahr 2019

- öffentlich -

Änderung:

Auf dem Deckblatt ist folgendes zu ergänzen:

Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschuss **9 JA, 0 NEIN, 0 Enth** von Stimmen **9**

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der GeWo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH Suhl zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss der GeWo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH Suhl für das Geschäftsjahr 2019 wird festgestellt.
2. Der sich im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 ergebende Jahresüberschuss von 711.311,35 € wird i.H.v. 150.000 € an die Gesellschafterin ausgeschüttet. Der verbleibende Betrag i.H.v. 561.311,35 € wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist die geänderte Vorlage beschlossen.

TOP 13.6.: Beschluss-Nummer: STR 192/14/2020 (Drucksachen-Nr.: 2020-0135) Aufgabenstellung für die Ausschreibung der Leistungen eines Citymanagers	- öffentlich -
---	----------------

Der Stadtrat beschließt:

Die Aufgabenstellung / Leistungsbeschreibung wird als Arbeitsgrundlage für die Ausschreibung eines Citymanagers einschließlich der Beantragung von Städtebaufördermitteln bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja - 0 Nein - 5 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

TOP 14.: Behandlung von Anträgen	- öffentlich -
TOP 14.1.: Beschluss-Nummer: STR 193 A/14/2020 (Drucksachen-Nr.: 2020-0164) Fraktion AfD Sicherung Wegenetz (Infrastruktur)	- öffentlich -

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt

zur dauerhaften Sicherung des vorhandenen Straßen- und Wegenetzes folgendes sicherzustellen:

- Wegegrundstücke werden nur in absoluten Ausnahmefällen veräußert.
- Eine Entscheidung darüber soll nicht allein einem beschließenden Ausschuss überlassen werden, sondern durch den gesamten Stadtrat getroffen werden.
- Sämtliche Versorgungsträger wie ZWAS und SWSZ sollten vorher dazu gehört werden.
- Verwaltung möge definitiv festlegen, welche Grundstücke im Eigentum der Stadt der Wegeführung (Infrastruktur) zuzuordnen sind.
- Wenn aktuell keine Nutzung für diese Grundstücke vorgesehen ist, sind diese höchstens zu verpachten.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja - 21 Nein - 7 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag ablehnend beschlossen.

TOP 14.2.: (Drucksachen-Nr.: 2020-0165) Fraktion SPD Auszahlung der Zuschüsse an Vereine im Jahr 2020	- öffentlich -
---	----------------

Geschäftsordnungsantrag Nr. 24/2020

StR-Mitgl. Herr Gering, CDU

Er beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Sport.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja - 10 Nein - 2 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und der Antrag mit der DS-Nr. 2020-0165 in den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Sport verwiesen.

TOP 14.3.: Beschluss-Nummer: STR 194/14/2020 (Drucksachen-Nr.: 2020-0136) GO-Antrag Nr. 19/2020 vom 27.05.2020 Antrag der StR-Mitglieder Herr Dr. Kummer und Herr Jähne, Fraktion CDU Senkung der Gewerbesteuer ab 01.07.2010 (neu: 01.01.2021)	- öffentlich -
---	----------------

Hinweis der Vorsitzenden:

Der Auszug aus der Niederschrift des Finanzausschusses am 16.06.2020 ist zu beachten.

Während einer kontroversen Diskussion wird folgender Antrag gestellt:

Geschäftsordnungsantrag Nr. 25/2020

StR-Mitgl. Herr Jähne, CDU

Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja - 4 Nein - 6 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen.

Redaktionelle Änderungen:

1. Im Titel ist das Datum auf **01.01.2021** zu ändern.
2. Der Beschlusstext ist folgendermaßen zu ändern: Die Gewerbesteuer wird ab dem **01.01.2021 für ein Jahr** von 424 v.H. auf **404 v.H.** abgesenkt.

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Gewerbesteuer wird ab dem 01.01.2021 für ein Jahr von 424 v. H. auf 404 v. H. abgesenkt.

Namentliche Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

17 Ja - 15 Nein - 1 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der geänderte Antrag beschlossen.

StR-Mitgl. Frau Vestner verlässt die Sitzung = 32 Stimmberechtigte anwesend.

TOP 14.4.: Beschluss-Nummer: **STR 195/14/2020**

(Drucksachen-Nr.: 2020-0167)

Fraktion SPD

Prüfauftrag - Wohnbauland für Eigenheime auf dem Areal des Wohngebietes im Stadtteil Suhl-Nord

- öffentlich -

Änderungsanträge der Fraktion CDU, StR-Mitgl. Herr Kalkhake

Sie beantragen

1. einen neuen Punkt 1: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Landesregierung mitzuteilen, dass bei einem weiteren Ausbleiben der Unterstützung insbesondere des Wirtschaftsministeriums bei der Entwicklung des Gewerbegebietes Suhl-Nord, die Stadt Suhl ihre Entwicklungsabsichten für den Stadtteil Suhl-Nord mindestens in Teilen ändern wird.
2. die Ergänzung des bisherigen Punktes 4 am Ende: und die veränderten Planungen in der Überarbeitung des ISEK für 2021 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja - 13 Nein - 1 Enthaltungen von 32 Stimmberechtigten

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Landesregierung mitzuteilen, dass bei einem weiteren Ausbleiben der Unterstützung insbesondere des Wirtschaftsministeriums bei der Entwicklung des Gewerbegebietes Suhl-Nord, die Stadt Suhl ihre Entwicklungsabsichten für den Stadtteil Suhl-Nord mindestens in Teilen ändern wird.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welche Flächen im Wohngebiet Suhl-Nord auf den Abrissflächen für eine Eigenheimbebauung infrage kommen können. Vorgeschlagen wird eine Größenordnung für den Flächenausweis für 10 bis 20 Eigenheime.
3. Da sich die Grundstücke überwiegend im Eigentum von Gewo und AWG befinden, ist eine entsprechende Vorabstimmung mit diesen beiden Wohngesellschaften durch die Stadtverwaltung vorzunehmen.
4. Es wird vorgeschlagen dazu eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Fraktionsvorsitzenden, Fachleuten aus der Verwaltung und Vertretern von Gewo und AWG zu bilden. Die möglichen Vorschläge sind durch die Stadtverwaltung bis zum 30.11.2020 vorzulegen und im Hauptausschuss und Stadtentwicklungsausschuss zu behandeln, bevor sie dem Stadtrat in der Februarsitzung 2021 vorgelegt werden.
5. Nach einer positiven Entscheidung im Stadtrat sind durch die Stadtverwaltung die erforderlichen Abstimmungen mit der Landesentwicklungsgesellschaft bzw. dem Wirtschaftsministerium vorzunehmen, einen Bebauungsplan zu erstellen und die veränderten Planungen in der Überarbeitung des ISEK für 2021 zu berücksichtigen.
6. Es wird vorgeschlagen, die Erschließung durch die Stadt vorzunehmen und zu prüfen, durch den Einsatz von Fördermitteln jungen Bauwilligen kostengünstiges Bauland zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja - 14 Nein - 1 Enthaltungen von 32 Stimmberechtigten

Damit ist der geänderte Antrag beschlossen.

Lüftungspause 21.10. – 21.20 Uhr

StR-Mitgl. Frau Vestner nimmt wieder an der Sitzung teil = 33 Stimmberechtigte anwesend.

TOP 14.5.: (Drucksachen-Nr.: 2020-0169) StR-Mitglieder Herr Dr. Hofmeier und Herr Türk, Fraktion Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen #MehrPlatzFürMenschen - Förderung nachhaltiger Mobilität in der Suhler Innenstadt	- öffentlich -
--	----------------

Geschäftsordnungsantrag Nr. 26/2020

StR-Mitgl. Frau Ehrhardt, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

Sie beantragt die Verweisung in den Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss. In die entsprechende Sitzung sollen Vertreter des Seniorenbeirates und der Verkehrswacht eingeladen werden.

Oberbürgermeister Herr Knapp

- so, wie Antrag formuliert ist, ist Stadtrat nicht zuständig
- auch wenn er verwiesen wird und die Formulierung so bleibt, ist Stadtrat trotzdem nicht zuständig
- jede Straße ist separat zu prüfen und zu bewerten (Mindestabstände etc.)

Abstimmungsergebnis:

15 Ja - 13 Nein - 5 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und der Antrag mit der DS-Nr. 2020-0169 in den Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

TOP 14.6.: (Drucksachen-Nr.: 2020-0168) Fraktion CDU Restaurierung und Aufstellung der "Suhler Uhr"	- öffentlich -
---	----------------

Geschäftsordnungsantrag Nr. 27/2020

StR-Mitgl. Herr Lamprecht, DIE LINKE.

Er beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Sport.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja - 5 Nein - 2 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und der Antrag mit der DS-Nr. 2020-168 in den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Sport verwiesen.

TOP 15.: Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters	- öffentlich -
---	----------------

TOP 15.1.: Information über einen gefassten Beschluss des Sozialausschusses in seiner 8. Sitzung am 06.05.2020	- öffentlich -
---	----------------

Anfrage des StR-Mitgl. Frau Habelt, DIE LINKE.

- Artikel 17.06.2020 im Freien Wort (FW) „struktureller Rassismus“ über einen afghanischen Friseurlehrling, der seit 2018 seine Ausbildung macht
- seit Anfang 2019 läuft Antrag auf Berufsausbildungshilfe, die er bis heute nicht erhält, weil immer noch Angaben vom Jugendamt Suhl fehlen
- im Artikel steht: Jugendamt gibt Versäumnisse zwar nicht zu, verspricht aber tätig zu werden, ist es aber nicht geworden
- möchte das so nicht stehen lassen und deshalb Meinung von Verwaltung hören
- Ist der Fall bekannt? Wie ist der Stand der Dinge?

Bürgermeister Herr Turzynski

- Fall ist bekannt, Artikel hat er gelesen
- Jugendamt hat ihm Sachstand zugearbeitet, prüft er gerade
- handelt sich weder um strukturellen Rassismus noch um Nachlässigkeit
- Vorprüfung ist erfolgt
- sind in abschließender Entscheidung, ob öffentlich darauf reagiert werden soll

Anfrage des StR-Mitgl. Frau Habelt, DIE LINKE.

- Bürger haben ihr gesagt, dass am Montag im FW Artikel zum Ottilienbad stand – am Freitag öffnet Bad, Kurse finden wieder statt; ab 10.08.2020 aber wieder schließt wegen turnusmäßiger Säuberung
- Warum wurde die monatelange Schließzeit nicht genutzt, um diese Säuberung durchführen zu lassen?
- jetzt, wo mehr Touristen erwartet werden, weil viele in Deutschland Urlaub machen, schließt das Bad

Oberbürgermeister Herr Knapp

- genau das wurde geprüft
- Sanierungsmaßnahmen werden das Jahr über geplant und an Firmen gebunden
- diese Firmen haben vereinbarte Zeiten vor Corona geplant und zu andern Zeiten keine freien Kapazitäten
- sind Arbeiten, die immer während Schließzeiten durchgeführt werden: Austausch großer Filteranlagen usw.
- war leider nicht möglich, dass beauftragte Firma während Corona-Schließzeit diese Arbeiten durchführt

Hinweis des StR-Mitgl. Herrn Dr. Triebel, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

- Oberbürgermeister hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, dass Verhalten von Dr. Pieterwas als Geschäftsführer IHK und Handeln des stellvertretenden Chefredakteurs FW so nicht stehen bleiben kann, wie es im FW stand
- dankt für Klarstellung, fand Verhalten beider Personen ungehörig
- regt an, dass Oberbürgermeister mit Fraktionsvorsitzenden entsprechende Antwort (Brief) beiden Personen zuleitet

StR-Mitgl. Herr Kalkhake verlässt die Sitzung = 32 Stimmberechtigte anwesend.

Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Dr. Kummer, CDU

- zum Vortrag von Herrn Hasenbeck zur Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) im Stadtrat

- Können die offenen Punkte im Hauptausschuss am 08.07.2020 beraten werden?
 - Einberufung Runder Tisch
 - fehlende Website für EAE
 - Schutzkonzept: Ist der Verwaltung das Schutzkonzept bekannt? Wie kann Suhl dabei mitarbeiten?
- Weiß der Oberbürgermeister etwas zu den Themen Schutzkonzept, Website und Runder Tisch?

Oberbürgermeister Herr Knapp

- hat heute mit Herrn Hasenbeck telefoniert
- Schutzkonzept liegt seit Dezember 2019 vor, noch nicht vollständig
- Herr Hasenbeck arbeitet mit Gesundheitsamt an Vervollständigung Schutzkonzept
- Verwaltung hat dafür Fristen gesetzt
- Runder Tisch liegt Herrn Hasenbeck am Herzen
- Oberbürgermeister wird mit Nachdruck nochmals darauf hinweisen, auch unter Einladung von Anwohnern Friedberg (hat mehrere Briefe von Bürgern zur EAE erhalten)
- zur Website ist ihm nichts bekannt

Noch in Bearbeitung befindliche Anfragen an den Stadtrat bzw. Oberbürgermeister:

- keine -

Die Stadtratssitzung am 03.06.2020 befindet sich noch in der Abarbeitung, eventuell offene Anfragen werden noch aufgenommen und zur Bearbeitung weitergeleitet.

Nicht öffentlicher Teil

Damit beendet die Vorsitzende die 14. Sitzung des Stadtrates.

Manuela Habelt
Vorsitzende des Stadtrates

Polleit, Carmen
Schriftführerin